

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. Rådlichen Behörden in Schneeberg, Böhmiß, Neupödel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Aue.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Veranstalter: Was St. 6894 (Aue) 40, Schwarzenberg 10, Schwarzenberg 10. Druckort: Erzgebirgischer Volksfreund-Druckerei.

Angelagte-Annahme für die am nächsten erscheinende Nummer bis Sonntag 9 Uhr in den Geschäftsstunden. Ein Brief für die Nummer der nächsten am vorgeschriebenen Tag (nicht an beliebiger Stelle) wird nicht gegeben, und nicht für die Möglichkeit der durch Übersender abzugebenden Urkunden. — Die Abgabe von Urkunden am nächsten Sonntag überlässt die Entscheidung dem Besteller. — Die Abgabe von Urkunden am nächsten Sonntag wird nicht angenommen. — Die Abgabe von Urkunden am nächsten Sonntag wird nicht angenommen. — Die Abgabe von Urkunden am nächsten Sonntag wird nicht angenommen.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Preis: monatlich Mark 10.— durch die Postanstalten Mark 12.—, vierteljährlich Mark 30.—, halbjährlich Mark 55.—, jährlich Mark 100.—. Die Abgabe von Urkunden am nächsten Sonntag überlässt die Entscheidung dem Besteller. — Die Abgabe von Urkunden am nächsten Sonntag wird nicht angenommen.

Nr. 41.

Freitag, den 17. Februar 1922.

75. Jahrg.

Auf Grund von §§ 100 Abs. 1 und 100 b der Gewerbeordnung wird auf Antrag Beteiligten und mit Rücksicht auf das Ergebnis des nach § 100 a der Gewerbeordnung abgeführten Feststellungsverfahrens hiermit angeordnet, daß vom 20. Februar 1922 an, sämtliche Gewerbetreibende, die innerhalb der Amtsgerechtsbezirke Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt mit Ausnahme der zum Amtsgerechtsbezirk Schwarzenberg gehörigen Orte Grünhain und Walschleithen das Schmiedehandwerk selbständig betreiben, der mit diesem Tage für den genannten Bezirk mit dem Sitze in Schwarzenberg neu errichteten „Schmiede-Zwangsanstalt für die Amtsgerechtsbezirke Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt — ausschließlich der Orte Grünhain und Walschleithen“ — als Mitglieder anzugehören haben.

Auf die Orte Grünhain und Walschleithen konnte die neue Anstalt nicht erstreckt werden, weil für sie schon eine Zwangs-Anstalt, die das Klempner-, Schlosser-, Scharf- und Schmiedehandwerk umfaßt, besteht und durch diese Anstalt das gewerbliche Interesse des daran beteiligten Schmiedehandwerks ausreichend wahrgenommen wird.

Zwickau, am 10. Februar 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden des Erzgebirgischen Volksfreundes in Aue, Schwarzenberg, Böhmiß und Schwarzenberg eingeschlossen werden.

Böhmiß. Auszahlung der Arbeiterrentenzuschläge

erfolgt Montag und Dienstag, den 20. und 21. Februar 1922, vorm. von 9—12 Uhr und nachm. von 2—6 Uhr in der Stadtkasse. Der Empfangsnachweis ist vorzulegen in der Katastralgasse — Zimmer Nr. 8 — abzuholen.

Böhmiß, am 15. Februar 1922.

Der Rat der Stadt.

Holzversteigerung. Crostendorfer Staatsforstrevier.

Dienstag, den 21. Februar 1922, vorm. 10 Uhr im Gasthof zur Glashütte in Crostendorf. 1503 st. Röhre, 7—12 cm; 1081 st. Röhre, 13—15 cm; 2623 st. Röhre, 16—22 cm; 1584 st. Röhre, 23—29 cm; 491 st. Röhre, 30 und mehr cm; 4 und 4,5 Mtr. lang; 5,5 cm fl. Röhre, 4 cm fl. Röhreknüppel und von nachmittags 1/2 Uhr ab: 61,5 cm fl. Brennweite, 12,5 cm fl. Brennknüppel, 5,5 cm fl. Boden, 0,5 cm fl. Kiste, 400 cm fl. Streureisig in kleinen Posten an Selbstverbraucher der näheren Umgebung. Röhrenknüppel und Beuchhölzer in den Abteilungen 78 und 79. Forstrevierverwaltung Crostendorf. Forstrentamt Schwarzenberg.

Das Vertrauensvotum.

— I. Die Vertrauensfrage ist ein notwendiges Zubehör zum parlamentarischen System. Dieses Zubehör krankt, wie das ganze System selbst, daran, daß die Quantität und nicht die Qualität der Abstimmenden entscheidend ist. Dem Reichstages war die Quantität diesmal wieder günstig. Er hat auf der ganzen Linie gestimmt, allerdings mit Hilfe einer kleinen Schiebung, die aus dem ursprünglich von ihm verlangten positiven Vertrauensvotum den farblosen Antrag: Der Reichstag billigt die Erklärungen der Regierungen, machte. Welche Erklärungen gemeint waren, hatte man dem Kanzler selbst darzulegen überlassen. Eigentlich ein komisches Verfahren. Aber es scheint nicht weiter aufzufallen zu sein, wie ja überhaupt der Reichstag nicht gerade durch ein Uebermaß politischen Feingefühls geplagt wird. Das parlamentarische Gedebde ist ihm ein Hobby, bei dem er ängstlich jede Innenrotation vermeidet, ein Körper ohne Seele.

Man braucht nicht traurig darüber zu sein, daß es so gekommen ist. Schon vom rein menschlichen Standpunkt aus muß man Dr. Wirth das Vergnügen gönnen, die Kürzweiligkeiten der Konferenz von Genoa — wenn sie überhaupt zustande kommt — Arm in Arm mit dem Erzknecht seiner Seele, Dr. Rathenau, auszustreifen. Es wäre rücksichtslos gewesen, wenn den beiden Staatsleuten die Türe ihres Paradieses vor der Nase zugeschlagen worden wäre. Denn daß Genoa überirdische Freuden verhelfe, daran ist doch wohl nicht zu zweifeln. Wer nicht daran glaubt, ist ein politischer Fels.

Sie eine andere Regierung erscheint uns die Zeit noch nicht reif, auch noch nicht für eine Kanzlerhochzeit Stegerwalds. Die Sozialdemokratie hat auch diesmal nicht den Mut gefunden, einen Kanzler zu stellen. Das steht mit ihren großen Worten in großem Widerspruch. Wie sie ja überhaupt die Partei der Widersprüche ist. Ihre Führer speisen, wie ein Rathenau'scher Hofbesitzer kürzlich verkündete, bei dem Ausbeuter und rauchen die Zigarren in dessen Klubstube. Während die untergeordneten Geister dieser Partei brauchen im Lande bis zum Uebelwerden die Fahne des „verschürkten“ Klassenkampfes schwingen. Ihre Führer veranlassen Streikverordnungen reaktionärer Färbung, während die nachgeordneten Parteimitglieder ihren Ruf als Zuflucht für die Verfolgten darbieten.

Mit der großen Koalition ist wohl nun vorläufig Obiig. Dr. Wirth hatte sie zunächst durch die Berufung Rathenaus selbst sabotiert. Die Deutsche Volkspartei hat dies mit Recht übergenommen, denn auf ein mögliches Maß von Souveränität in der Politik muß gehalten werden. Sie hat das Nichtschicks zwischen sich und Dr. Wirth nun wohl endgültig geschritten, indem sie es ablehnte, auch dem abgeschwächtesten Vertrauensvotum für den Kanzler zuzustimmen. Wenn die Sache jetzt so gedreht wird, als habe die Deutsche Volkspartei die große Koalition zerfallen lassen, so geht ein ziemliches Maß von politischem Unverständnis dazu, dies zu glauben.

Die Herren von der Regierung mögen ruhig noch eine Weile häßlich unter sich bleiben. Schlimmer, als wie die Zustände heute sind, können sie kaum werden. Und zu einer nachhaltigen Besserung ist die Zeit noch nicht gekommen.

Nebenbei soll darauf hingewiesen werden, daß der Sieg von Wirth-Rathenau zugleich ein Sieg Poincarés ist. Seine Stellung hängt mit derjenigen der deutschen Regierung eng zusammen. Man kann sich auch hier auf den Standpunkt stellen, daß die Regierung Poincarés vorläufig noch durchaus im wohlverstandenen deutschen Interesse liegt. Sie trägt zur endgültigen Klärung der Weltlage besser bei, als irgend ein molkenhaftes Kabinett, bei dem wir nicht wissen, woran wir sind, und das sich doch schließlich auch als ein Tier mit Hörnern und Klauen entpuppt.

Berlin, 15. Febr. Im Reichstag wurde heute die Beratung der Erklärung der Reichsregierung über den Eisenbahnstreik fortgesetzt. Dazu liegen Anträge aller Parteien vor. Ein Antrag der Regierungsparteien Marx (Str.), Petesen (Dem.), Müller-Franken (Soz.) lautet: Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei spricht dem Reichskanzler das Vertrauen aus, weil er die Verordnung vom 1. Februar gegen offenbare Verläche nicht angewendet hat, weil er mit Führern der Streikenden verhandelt hat, bevor der Streik beendet war, und weil er in Bezug auf disziplinierte Behandlung von Vergehen im Dienste Aufsehen gemacht hat, die geeignet seien, die Staatsautorität zu gefährden.

Ein deutschnationaler Antrag wirt dem Reichskanzler vor, daß er durch kluges Verhalten und ungenügenden Schutz der dienst-

treuen Beamten an dem Ausbruch des Eisenbahnstreiks selbst mit schuldig sei. Seine Äußerungen seien nicht im Einklang. Die Staatsautorität sei in der Hand des Reichskanzlers nicht genügend gewahrt. Ein unabhängig-journalistischer Antrag mißbilligt die Verordnung gegen den Streik und behauptet, daß der Reichstagsbescheid durch die Regierung angefaßt worden sei. Kommunistische Anträge fordern Einstellung der Disziplinarverfahren und Einwirkung auf den Berliner Magistrat, damit auch im Berliner Gemeindearbeiterstreik keine Maßregelungen vorgenommen werden.

In der Aussprache richtet zunächst Abg. Bergt (Dnl.) die Anfrage an den Reichskanzler, ob er mit dem Vertrauensvotum der Regierungsparteien einverstanden sei. Der Reichskanzler habe doch Klarheit gewünscht. Diese Klarheit ergebe sich aber nicht aus dem Vertrauensvotum der Regierungsparteien, das nur die Erklärung der Reichsregierung billigt. Es handle sich aber nicht um die Erklärung, sondern um das Verhalten des Reichskanzlers in der Streikfrage. Hier liegt also eine erhebliche Unklarheit vor. Der Reichskanzler möge erklären, ob er in dem Antrag der Regierungsparteien ein positives Vertrauensvotum erblicke, das es ihm ermöglichen würde, die politischen Geschäfte weiterzuführen.

Abg. Cripin (Unabh.): Die Regierung hat die Grundrechte der Arbeiterschaft bedroht. Auch die Minister Ordnung und Hermes haben sich scharf gegen Beamte und Arbeiter gemeldet. Massenarrestierungen haben stattgefunden. Nichts auf dem Bahnhof Pantom-Berlin sind 100 Wagnersungen erfolgt. Kein Agrarier und Großindustrieller könnte schroffer vorgehen als die Regierung. In Frankfurt a. M. und in Mainz sind genaue Listen über das Verhalten der Beamten während des Streiks angelegt worden. Ein Spionagewesen im Eisenbahnbetrieb wird eingeführt. Man treibt eine ausgeprägte Rechtspolitik. Es handelt sich hier um einen Vorstoß der Reaktion. Den können wir nicht durch Stimmenthaltung begünstigen. Eine Stimme Reim muß die Antwort sein. Wir machen keine blinde Ministerfällerei mit. Aber wenn die Regierung sich jetzt zur Vorhut der Reaktion macht, so sehen wir mit ihr im Kampfe.

Reichskanzler Dr. Wirth erklärt darauf auf die Anfrage des Abg. Bergt bezüglich seiner Stellung zu dem Antrag der Regierungsparteien, daß zunächst die Regierungsparteien selbst zum Sinne ihres Antrages Stellung zu nehmen hätten. Für ihn sei der Antrag ganz klar, das wolle er ausdrücklich aussprechen. Es wird die Erklärung der Regierung durch diesen Antrag gebilligt. Es handelt sich um drei Erklärungen, die eine bei Beginn der Aussprache, dann um die zweite Rede und schließlich um die dritte Erklärung, in der ein klares Verstum gefordert wurde. Der Ausgangspunkt der ersten Erklärung war nicht der Streik, sondern die Gesamtsituation unseres Vaterlandes. Teil der Beurteilung der Gesamtlage spielte aber die auswärtige Politik die Hauptrolle. Wer also heute zu den Toten Stellung nimmt, muß sich darüber klar sein, daß er ein Urteil über die auswärtige Politik abgibt. Um dieses Urteil bitte ich Sie. Dann ist Klarheit geschaffen.

Reichswehrminister Ordnung (von der äußersten Linken mit Rufen „Hundssohn!“ begrüßt) — Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) erhebt für solchen Auf eine Woge: Die von dem Abg. Cripin genannten Fälle haben sich vor dem Bekanntwerden der Richtlinien des Kabinetts vollzogen. Es ist verhängt worden, daß bei den Disziplinarverfahren zu prüfen ist, ob der Verdacht der Unkeuschheit begründet ist. Wenn der Verdacht nicht begründet ist, hat die Einstellung des Verfahrens zu erfolgen. (Großer Sturm bei den Kommunisten, Unruhe im ganzen Hause.) Ferner ist verhängt worden, daß die Einstellung kühner Beamter, soweit sie nicht Uebelver sind, zurückgenommen werden soll. Weiter ist verhängt worden, daß feinerlei Maßnahmen gegen Beamte getroffen werden sollen, die lediglich als sogenannte Mitarbeiter der Streikpartei gefolgt sind und nach Beendigung des Streiks ihren Dienst wieder aufgenommen haben.

Abg. Petesen (Dem.) gibt für die Demokraten folgende Erklärung ab: Die von mehreren Seiten aufgestellte Behauptung, daß zwischen den Worten und Taten der Regierung ein Widerspruch vorliegt, hält die Fraktion für durch nichts erwiesen. Sie lehnt es ab, ihre Stellung durch halbfache Kombinationen beeinflussen zu lassen. Sie hält es für die Pflicht der Partei, sich an die Erklärung der Regierungsvortrater im Parlament zu halten.

Abg. Dr. Weal (Komm. U.C.) erkennt den guten Willen in der Außenpolitik an. In solchen Zeiten müsse selbst eine kapitalistische Koalitionsregierung gehütet werden, um einen Sieg der großindustriell-monarchischen Kräfte zu verhindern. Das Kabinett Wirth hat aber durch das Steuerkompromiß und beim Eisenbahnstreik gezeigt, daß es auf die Interessen der Arbeiter keine Rücksicht nimmt. Der Regierung müsse daher das Vertrauen verweigert werden.

Abg. Petesen (Komm.) fordert ebenfalls Klarheit und erhebt neue Vorwürfe gegen die Regierung wegen der Verletzung der Eisenbahner. Er fordert Beilegung der gegenwärtigen Regierung.

Abg. Wittmann (Unabh.) weist darauf hin, daß immer noch Beamte, die sich zur Dienst melden, zurückgenommen werden. Das sei ein Beweis dafür, daß der Minister gegenüber der Arbeiterschaft ungenügend ist. Ein Reichskabinett könne nicht schlimmer regieren als das Kabinett Wirth.

Abg. Bergt (Soz. Vpt.) lehnt den Vertrauensantrag ab. Mit der Faltung der Regierung beim Eisenbahnstreik sei seine Fraktion einverstanden. Die Zustimmung zu der Vertrauensanbahnung würde den Anschein erwecken, als ob die Bayerische Volkspartei mit der Faltung des Reichskanzlers in der inneren Politik, besonders in

bayerischen Fragen, durchaus einverstanden sei. Um diesen Anschein zu vermeiden, wird sich seine Fraktion der Stimme enthalten. Abg. Müller-Franken (Soz.) verlangt, daß bezüglich des Streiks nach den Richtlinien des Kabinetts Verfahren werde. Das ganze Manöver habe den durchsichtigen Zweck, aus außenpolitischen Gründen das Kabinett zu stürzen.

Abg. Marx (Str.): Unser Antrag ist von rechts und von links ganz richtig als ein positives Vertrauensvotum angesehen worden. In dem Augenblick, wo diese Regierung kürzt, stehen aus neue Situationen bevor. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Damit schließt die Aussprache.

Der Vertrauensantrag der Regierungsparteien wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 185 Stimmen angenommen. 16 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei enthalten sich der Stimme. Für das Vertrauensvotum stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum, dagegen die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Unabhängigen und die beiden kommunistischen Gruppen. Damit sind die vorliegenden Vertrauensanträge erledigt. Das Ergebnis der Abstimmung wird von den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall und Handklatschen aufgenommen.

Die kommunistischen Anträge auf Rückgängigmachung der Disziplinierung usw. werden gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Um die große Koalition.

Berlin, 15. Febr. Der interfraktionelle Ausschuß der Koalitionsparteien trat heute vormittag zusammen. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte, daß die Partei nach der Rundgebung der Sozialdemokratie, wonach zur Bildung einer großen Koalition gegenwärtig keine Möglichkeit vorliege, ein weiteres Verhandeln mit den Regierungsparteien für unzweckmäßig ansehen müsse. Die Volkspartei verließ darauf den Saal.

Eine Erklärung der Volkspartei.

Berlin, 15. Febr. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Auf Veranlassung des Abg. Spahn wurden gestern Vertreter der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung in die Reichskanzlei eingeladen, an welcher der Reichskanzler und je zwei Vertreter des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten teilnahmen. Ziel der Zusammenkunft wurde die innerpolitische Lage beraten. Vom Zentrum und von den Demokraten wurde auf die Notwendigkeit der Schaffung einer durch den Zutritt der Deutschen Volkspartei erweiterten Regierungsbasis hingewiesen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärten, daß eine Zurücknahme des persönlich gegen den Reichskanzler gestellten Vertrauensantrages auch dann nicht in Frage komme, wenn man dem Vertrauensvotum noch weiter eine abweichende Begründung gebe. Ihrer Auffassung nach könne nur dann die Frage des Vertrauensvotums erörtert werden, wenn sich vor der Abstimmung eine neue Regierung gebildet habe. Dann würde eine neue Lage geschaffen sein, zu der dann die Fraktion der Deutschen Volkspartei erneut Stellung zu nehmen habe.

Die Vertreter der Sozialdemokratie erklärten sich bereit, die angelegte Frage in ihrer Fraktion zu erörtern. Nachdem inzwischen der Beschluß der Sozialdemokratie ergangen und damit festgestellt war, daß die in der Zusammenkunft angeregte veränderte parlamentarische Situation nicht mehr in Frage komme, erklärten die Vertreter der Deutschen Volkspartei in der heutigen Zusammenkunft, daß sie sich von weiteren Verhandlungen keinen Erfolg versprechen könnten und daher an einer weiteren Beratung nicht teilnehmen würden.

Eine Entscheidung in der Reparationsfrage?

Berlin, 15. Febr. Die „Petit Parisien“ mittelt, scheint eine Entscheidung in der Reparationsfrage getroffen worden zu sein. Die Reparationskommission soll, wie Frankreich es verlangt hat, damit beauftragt werden, den Betrag der deutschen Zahlungen für das Jahr 1922 festzusetzen. Ab dann würden die alliierten Finanzminister gemäß dem britischen Vorschlag in London zusammenkommen, um sich über die Verteilung der deutschen Zahlungen zu einigen.

Die französische Kriegsschuldennotiz.

Berlin, 15. Febr. Die „Secolo“ meldet aus Paris: Die französische Note über die alliierten Kabinette über die deutsche Kriegsschuldenfrage wird im „Matin“ in ihrem vollen Umfang veröffentlicht. Wie sehr umfangreiche Note kommt zu dem Antrage, die Reichsregierungsstellen zu annullieren und einen alliierten Gerichtshof in Brüssel mit der Durchführung der Bestimmungen des Versailles Vertrags über die Kriegsschulden zu beauftragen.

Eine neue Streikfrage unter den Eisenbahner.

Berlin, 15. Febr. Wie aus Eisenbahnerkreisen mitgeteilt wird, hat sich die Hoffnung, daß nach Beendigung des Streiks unter der Verantwortung wieder eine nachträgliche Verhandlung eintritt, nicht erfüllt. Es zeigt sich vielmehr, daß die Erregung in einzelnen Disziplinsbezirken seit Beginn der Streikverhandlungen 1922